

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Januar 2024

1. Regional
2. Honduras
3. El Salvador
4. Guatemala
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Workshop in Berlin: Am 17. Februar laden Mitgliedsorganisationen des RTZA zum Workshop “*Diálogo, intercambio y construcción colectiva: ¡Mesoamérica resiste!*” ein. Der Workshop dreht sich um das Banner [Mesoamérica Resiste](#) des Kunstkollektivs Beehive Collective und sein Potential als Instrument der kollektiven Arbeit und der internationalen Solidarität. Die Veranstaltung findet von 12 bis 18 Uhr im Aquarium (Skalitzer Str. 6, 10999 Berlin). Anmeldung: rosa.lopez@staepa-berlin.de

Extraktivismus: Fünf Tage vor seinem Amtsende [genehmigte Alejandro Giammattei](#), der mittlerweile ehemalige Präsident von Guatemala, die Erschließung des Bergbauprojekts

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

dessen Betrieb die Verschmutzung des Guja-Sees und des Lempa-Flusses, zwei wichtigen Wasserquellen für El Salvador, nach sich ziehen würde. Die neue guatemaltekeische Regierung kündigte an, dass sie die Situation nach Warnungen des Außenministeriums von El Salvador prüfen wird.

Zentralamerikanische Beziehungen: Bei der Vereidigung von Bernardo Arévalo, dem neuen Präsident Guatemalas, war aus den zentralamerikanischen Nachbarländern nur Xiomara Castro, honduranische Präsidentin, anwesend. Rodrigo Chávez, Präsident von Costa Rica, ist nach Guatemala gereist, musste das Land aber wegen der Verzögerungen vor der Vereidigung verlassen. Arévalo hatte sich mit Castro bereits Anfang Januar getroffen, um sich über die zukünftige Zusammenarbeit auszutauschen. Der salvadorianische Präsident Nayib Bukele wurde zum Amtsantritt eingeladen, hatte aber seine Teilnahme nicht bestätigt und ist nicht nach Guatemala gereist. Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega wurde nicht offiziell eingeladen.

Verkehrspolitik: Eine Fähre, die seit August 2023 El Salvador mit Costa Rica verbunden hat, musste ihren Betrieb nur 4 Monaten nach der Einweihung der Strecke einstellen. Ziel des Projekts war es, eine Frachtroute einzurichten, die nicht durch Nicaragua und Honduras führen muss und so die Transportzeiten verkürzt. Es wurden vier wöchentliche Fahrten angeboten. Die Regierung von El Salvador hoffte außerdem, die Strecke in ihrer nächsten Entwicklungsphase auch für den Tourismus nutzen zu können. Nach mehreren Monaten mit einer Auslastung von weniger als 25 % aufgrund der hohen Fahrpreise wurde der Betrieb jedoch auf unbestimmte Zeit eingestellt.

Analyse: InsightCrime, eine Online-Publikation mit Fokus auf organisiertes Verbrechen, hat im Dezember eine Analyse der Ausnahmestände in El Salvador und Honduras veröffentlicht. Die Autoren vergleichen die bisherigen Ergebnisse der repressiven Sicherheitsmaßnahmen von beiden Ländern. Sie behaupten, dass es durch den Ausnahmezustand in El Salvador gelungen ist, die Aktivitäten der Gangs im Land zu unterdrücken, während es in Honduras aus strukturellen und institutionellen Gründen nicht geklappt hat. [Zur Analyse.](#)

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Gerechtigkeit: Die honduranische Generalstaatsanwaltschaft erließ im Dezember [einen Haftbefehl gegen Daniel Atalá Midence](#), der mit dem Mord an der Umweltaktivistin Berta Cáceres in Verbindung gebracht wird. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt offiziell den ehemaligen Finanzmanager des Staudammunternehmens Desa, hinter dem Mord zu stecken. Atala Midence, [der zu einer der mächtigsten wirtschaftlichen und politischen Familien des Landes gehört](#), leitete Desa zusammen mit dem Präsidenten des Unternehmens, David Castillo. Castillo wurde 2022 [wegen seiner Rolle bei der Anordnung und Planung des Mordes zu 22 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt](#).

Gewalt gegen Verteidigerin: Am 8. Dezember [wurde Vanessa Cárdenas, Verteidigerin der Gemeinde Crawfish Rock in den Islas de la Bahía, angegriffen](#). Cárdenas wurde von einer ehemaligen Mitarbeiterin der privaten Unternehmer-Enklave Próspera Inc. [mit einem Stein angegriffen](#). Dies geschah während eines Treffens mit Vertreter*innen der honduranischen Regierung. Abgeordnete der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben in einem öffentlichen Brief an die honduranische Regierung [ihre Sorge wegen der Sicherheitslage der Menschenrechtsverteidiger*innen in Honduras, die sich gegen Privatstädte einsetzen, geäußert](#).

Krise im Kongress: Am 25. Januar hat der honduranische Nationalkongress in Anwesenheit von Präsidentin Xiomara Castro [seine dritte Legislaturperiode für die Jahre 2022-2026 eröffnet](#). Nach fünfmonatigen Meinungsverschiedenheiten und heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Legislaturperiode [einigten sich die verschiedenen Fraktionen auf die Ernennung des Obersten Rechnungshofs und des Wahlgerichts](#). Über die Ernennung der Leiter der Generalstaatsanwaltschaft [gibt es jedoch noch keinen Konsens](#).

Drogenhandel: Die Online-Publikation InsightCrime hat [eine dreiteilige Recherche zum Drogenhandel in der Moskitia-Region von Honduras veröffentlicht](#). Die Recherche stellt die Konsequenzen der Präsenz von Drogenkartellen in einer sehr armen, aber sehr artenreichen Region dar, und wie die Miskito-Bevölkerung sich gegen diese Unterdrückung versucht zu wehren. Zur vollständigen Recherche als PDF: [Spanisch](#) / [Englisch](#)

3. El Salvador

Wahl 2024: Die Wahlen in Salvador haben bereits begonnen: Am 6. Januar wurde eine Online-Plattform eingerichtet, über die Salvadorianer*innen im Ausland virtuell wählen können. Das TSE hat in den ersten 72 Stunden der Eröffnung der Webseite mehr als 40.200 Stimmen registriert. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen haben insgesamt nur 3808 Personen aus dem Ausland ihre Stimme abgegeben. Organisationen der Zivilgesellschaft und internationale Experten kritisieren die Maßnahme wegen der mangelnden Transparenz der Onlineplattform. Sie hinterfragen auch die Länge des Abstimmungszeitraums (fast ein Monat), der das System unnötigerweise potenziellen Verstößen aussetzt.

Interimpräsidentschaft: Am 1. Dezember ernannte Nayib Bukele seine Privatsekretärin Claudia Juana Rodríguez de Guevara, um seine Funktionen in der Präsidentschaft für die letzten sechs Monate seiner Amtszeit zu erfüllen. Diese überraschende Entscheidung wurde unter dem Argument getroffen, dass mit dieser "Unterbrechung" der Bukele-Präsidentschaft eine zweite Amtszeit nicht mehr konsekutiv und somit legal wird. Die Wiederwahl ist jedoch laut mehreren Artikeln der Verfassung unter allen Umständen verboten. Ernesto Castro, Abgeordneter von Nuevas Ideas und Präsident des Kongresses erklärte, dass die Vereidigung in einer privaten Sitzung stattgefunden habe. Verfassungsrechtexpert*innen kritisierten auch dieses Vorgehen, da dies sogar in seltenen Fällen von Beurlaubung des Präsidenten öffentlich erfolgen sollte und auch nur nachdem das Plenum sich für eine*n Kandidat*in aus zwei vom Präsidenten vorgestellten Optionen entschieden hätte.

Seine Vertreterin stand Nayib Bukele schon vor Beginn seiner politischen Karriere als vertrauenswürdige Mitarbeiterin in seinen Familienunternehmen nahe. Damals begleitete sie den jetzigen Präsidenten in Finanzmanagementpositionen, während er Bürgermeister von Nuevo Cuscatlán und San Salvador war. Zwei Recherchen von salvadorianischen investigativen Medien deuten darauf hin, dass Rodríguez de Guevara, die zuvor eine unauffällige Figur in der politischen Öffentlichkeit war, während Bukeles Amtszeit als Bürgermeister von San Salvador eine Schlüsselrolle bei Korruptionsmechanismen spielte.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

[Raul Manuel Somoza Arias](#) und [Raul Antonio Pena Flores](#) sowie den ehemaligen Präsidenten der Republik, [Alfredo Félix Cristiani](#). Ihnen wird vorgeworfen, die Militärs, die 1981 das Massaker von El Mozote verübten, [aufgrund der Verabschiedung des Generalamnestiegesetzes im Jahr 1993 "persönlich gedeckt" zu haben](#).

Verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft sowie [die US-amerikanische Botschaft](#) haben insbesondere die Anschuldigung von Rubén Zamora kritisiert, der inzwischen ein bekannter Kritiker der Regierung von Nayib Bukele ist. Der Journalist Gabriel Labrador von El Faro [wies darauf hin](#), dass die Entscheidung, bestimmte Abgeordnete zu beschuldigen und andere nicht, willkürlich zu sein scheint. Außerdem bewies [eine Recherche von El Faro](#), dass Zamora gegen das Gesetz war und den Erlass nicht mal unterzeichnet hat. Darüber hinaus [schützt die Verfassung die Mitglieder des Kongresses vor jeglichen Repressalien für ihre Entscheidungen während ihrer Amtszeit](#).

Gerechtigkeit: Mitte Januar gab die feministische Organisation Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto bekannt, [dass eine unschuldige 28-jährige Frau nach sieben Jahren Gefängnis freisprochen wurde](#). Sie saß nach einer Fehlgeburt in Haft: Die Frau, die nur als Lilian identifiziert wurde, [musste wegen Komplikationen während ihrer zweiten Schwangerschaft ins Krankenhaus und verlor dort aufgrund einer medizinischen Behandlung ihr Baby](#). Das Krankenhaus erkannte die Behandlungsfehler nicht an und zeigte Lilian an. Die Generalstaatsanwaltschaft (FGR) klagte sie wegen schwerer Tötung an. Lilian wurde am 1. Dezember 2023 entlassen und konnte Weihnachten mit ihrer 10-jährigen Tochter verbringen.

Die [Agrupación](#) arbeitet seit 2014 an der Kampagne „Las 17 y más“ und begleitet rechtliche Verfahren zur Freilassung von Frauen, die nach Fehlgeburten verurteilt wurden. Lilians Freilassung stellt einen wichtigen Meilenstein dar: Es handelt sich [um den letzten Fall einer Verurteilung aus den 73 Fällen, an denen die Agrupación gearbeitet hat](#). El Salvador hat eines der restriktivsten Anti-Abtreibungsgesetze der Welt: Abtreibung wird mit bis zu 12 Jahren Gefängnis bestraft und kann bis zu 50 Jahre betragen, wenn die Fälle als schwere Tötung identifiziert werden.

Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger: Die Umweltjournalistin und Gründerin des Magazins Malayerba, Carolina Amaya, gab Mitte Dezember bekannt, dass ihr Vater nach elf Monaten Haft im Rahmen des Ausnahmezustands vermisst wird. Benjamín Amaya, Carolinas Vater, wurde im Februar 2023 verhaftet, [weil er sich für die Landrechte mehrerer Bauern in San Juan Opico, La Libertad, eingesetzt hatte](#) und ihm der mutmaßlichen

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

Annohrung, an der ihr Vater nicht teilnahm, mitgeteilt, dass Benjamin sich nicht in dem Gefängnis befand, in dem er ursprünglich festgehalten worden war, und dass die Familie eine Kautio von 10.000 Dollar hinterlegen musste, damit er seinen Prozess in Freiheit antreten konnte. Nationale und internationale Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützten die Journalistin dabei, auf den Fall ihres Vaters aufmerksam zu machen, bis er am 23. Dezember zu seiner Familie entlassen wurde.

4. Guatemala

Amtsantritt: Bernardo Arévalo und Karin Herrera wurden als Präsident und Vizepräsidentin vom neuen Kongress vereidigt. Dies geschah nach acht Stunden Verzögerung sowie klaren Versuchen durch den Pakt der Korrupten, die Vereidigung zu verhindern. Während der Sitzung des Kongresses vor der Vereidigung wurde den gewählten Abgeordneten der Partei Movimiento Semilla mehrere Stunden lang die Akkreditierung verweigert. Tausende Demonstrierenden aus dem ganzen Land haben vor dem Kongress Druck gemacht, als der Prozess sich ungeklärt bis in die Nacht verzögerte.

Im Rahmen des Amtsantritts Arévalos sind mehrere Vertreter*innen verschiedener internationaler Regierungen und Institutionen nach Guatemala gereist, wie der König Felipe VI aus Spanien; der chilenische Präsident, Gabriel Boric; der kolumbianische Präsident, Gustavo Petro; sowie die honduranische Präsidentin, Xiomara Castro. Josep Borrell Fontelles, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, war ebenfalls anwesend und hat am 13. Januar nach einem Treffen mit Arévalo in einer Rede seine Unterstützung der demokratisch gewählten Regierung betont. Darüber hinaus kündigte er einen neuen legalen Rahmen für Sanktionen für diejenigen an, die die Machtübergabe in Guatemala zu verhindern versuchen.

Neuer Kongress: Das guatemalteckische Verfassungsgericht hat die Wahl des bei der Amtseinführung am 14. Januar gewählten Vorstand des Kongresses für ungültig erklärt, weil er aus Abgeordneten bestand, die zuvor im Rahmen der Verfolgung der Partei Movimiento Semilla als fraktionslos erklärt worden waren. Diesem Vorstand war es

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Kongresses ging von Samuel Perez von der Partei movimiento Semilla auf Nery Ramos von der Partei AZUL über.

Sanktionen: Drei Tage nach der Amtseinführung Guatemalas hat die US-Regierung Sanktionen gegen den ehemaligen Präsidenten Alejandro Giammattei angekündigt. In einer Erklärung verbot das Außenministerium Giammattei die Einreise in die USA, da es Beweise dafür gebe, dass er "während seiner Amtszeit als Präsident Guatemalas Bestechungsgelder (...) angenommen hat und diese Handlungen die Rechtsstaatlichkeit und Transparenz der Regierung untergraben haben". Auch seine Familie hat ab sofort Einreiseverbot in die USA.

Gerechtigkeit: Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) hat im Dezember den guatemaltekischen Staat wegen der Rechtsverletzung einer Maya-Q'eqchi'-Gemeinschaft durch die Zulassung eines massiven Bergbauprojekts verurteilt. Dem Urteil zufolge ist der guatemaltekische Staat für die fehlende Titulierung und Abgrenzung des Gemeindegebiets der indigenen Gemeinschaft Agua Caliente sowie für die fehlende vorherige Konsultation der Einwohner bei der Durchführung der Fénix-Nickelmine verantwortlich. Damit soll er unter anderem deren Rechte auf Rechtspersönlichkeit und auf Eigentum verletzt haben.

Die IACHR forderte den guatemaltekischen Staat auf, der Gemeinschaft einen kollektiven Titel für das Land zu verschaffen; Gesetze zu erlassen, um das Recht der indigenen Gemeinschaft auf Gemeinschaftseigentum rechtlich abzusichern sowie weitere Reparationen für Agua Caliente zu leisten. Die Mine wird von Töchterunternehmen der schweizer Solway Investment Group betrieben, die 2023 die Arbeit aussetzen mussten, nachdem die USA Sanktionen wegen Korruption gegen sie verhängt haben. Der weitere Betrieb der Fénix-Mine ist ohne die Genehmigung der Einwohner nicht mehr erlaubt.

5. Nicaragua

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

libre, democrática y justa". Das Treffen findet im Präsenzformat in Berlin statt. Dort werden Themen wie Asyl und Exil von Nicaraguaner*innen, Internationale Finanzströme nach Nicaragua sowie Rechte und Kämpfe indigener und afrodescendientes an der Costa Caribe besprochen werden. [Zur Anmeldung und weitere Informationen.](#)

Verfolgung der katholischen Kirche: Mitte Januar verließ ein Flugzeug mit 19 verfolgten Vertretern der katholischen Kirche Managua in Richtung Rom. Unter ihnen war der Bischof Rolando Álvarez, der seit August 2022 in Haft saß. Álvarez, Bischof von Matagalpa, wurde im Februar 2023 zu 26 Jahren Haft wegen des angeblichen Verbrechens des Verrats verurteilt. Dies ist das zweite Mal, dass Nicaragua Priester ins Zwangsexil verbannt - im Oktober 2023 wurden 12 Priester ebenfalls nach Rom geschickt. Die Katholische Kirche wird als kritische Stimme in Nicaragua verfolgt.

Bildung: Die Universidad Nacional Casimiro Sotelo Montenegro (UNCSM), die frühere Universidad Centroamericana (UCA), hat ihren Betrieb im November 2023 gestartet. Aufgrund des Mangels an Studierenden musste die Einschreibungsfrist jedoch um drei Monate verlängert werden. Nach den ersten Januarwochen behaupten die Studierenden der UNCSM, dass das Klima in der Bildungseinrichtung sehr chaotisch ist und dass es auf dem Campus eine starke Überwachung und sandinistische Propaganda gibt. In den letzten drei Jahren hat die Ortega-Murillo-Regierung 30 Universitäten geschlossen.

Humanitäre Hilfe: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (CICR) hat in einer Erklärung Ende Dezember angekündigt, dass es seine Arbeit in Nicaragua endgültig einstellt. Die Schließung findet statt, weil Ortega im Mai 2023 die Ausweisung der Institution anordnete und sie enteignete. Mit ihrer Schließung verschwindet die letzte verbliebene internationale Organisation in dem mittelamerikanischen Land mit der Aufgabe, die Situation der politischen Gefangenen zu beobachten.
